

Landeshauptstadt Stuttgart
 Der Oberbürgermeister
 GZ: OB - 1316

Stuttgart, 16.08.2013

Beantwortung zur Anfrage

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktionen Dr. Schlierer Rolf (REP), DIE REPUBLIKANER im Stuttgarter Gemeinderat
Datum 25.02.2013
Betreff Reisende Einbrecherbanden in Stuttgart

Anlagen

Text der Anfragen/ der Anträge

Die Beantwortung der Anfrage basiert auf Erkenntnissen der Stadtverwaltung und des Polizeipräsidiums Stuttgart.

1. Anzahl der Wohnungseinbrüche (einschließlich Tageswohnungseinbrüche) im Jahr 2012, aufgeschlüsselt nach Monaten

PKS 2012 LH Stuttgart		
Monat	Erfasste Fälle	Aufgeklärte Fälle
Januar	73	3
Februar	34	1
März	38	0
April	112	1
Mai	51	4
Juni	87	6
Juli	123	6
August	83	6
September	46	6
Oktober	91	7
November	91	7
Dezember	53	7
Gesamtergebnis	882	54

Gegenüber der Polizeilichen Kriminalstatistik aus dem Jahr 2011 ist in Stuttgart ein Rückgang in Höhe von 5,5 % (**933** erfasste Fälle) zu verzeichnen.

Nationalität der Tatverdächtigen (PKS 2012)

Tatverdächtige (Aufgeklärte Fälle)	
Deutsch	18
Deutsch mit Migrationshintergrund	5
Nicht-deutsch	31
Gesamtergebnis	54

2. und 3. Inwieweit lassen sich die registrierten Wohnungseinbrüche reisenden Einbrecherbanden zuordnen und aus welchen Herkunftsländern stammen diese?

Derzeit laufen beim PP Stuttgart sechs Ermittlungsverfahren gegen diverse Tätergruppierungen. Zwischen November 2012 und Februar 2013 sind 20 mutmaßliche Einbrecher festgenommen worden. Bei den Festgenommenen handelt es sich überwiegend um Tatverdächtige aus Serbien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien und Slowenien.

4. Wie viele Delikte wurden in welchen Zeiträumen von den einzelnen Banden begangen?

Die Ermittlungen dauern an, so dass die genaue Anzahl der Fälle, die diesen Tätergruppierungen zugeordnet werden können sowie die Zeiträume derzeit nicht benannt werden können.

5. Dunkelziffer der nicht zur Anzeige gebrachten Einbrüche

Die Anzahl der nicht zur Anzeige gebrachten Wohnungseinbrüche dürfte als äußerst gering einzuschätzen sein.

6. Aufklärungsquote und Sicherstellung Diebesgut

Die Aufklärungsquote im Jahr 2012 beträgt 6,1 %. Die Ergebnisse aus den sechs noch laufenden Ermittlungsverfahren werden in die Polizeiliche Kriminalstatistik 2013 einfließen.

Im Jahr 2012 konnte in etwa 20 Fällen sichergestelltes Diebesgut den Eigentümern zugeordnet werden. Die Zuordnung des sichergestellten Diebesgutes aus den laufenden Ermittlungsverfahren ist derzeit noch nicht abgeschlossen.

7. Welche zusätzlichen Präventionsmaßnahmen werden ergriffen?

Am 26.10.2012 war auf dem Stuttgarter Marktplatz die Auftaktveranstaltung zum bundesweiten Tag des Einbruchschutzes. Im Rahmen der sich anschließenden Aktionswoche wurden täglich in allen acht Revierbereichen im Rahmen der Präventionsstreifen Bürgergespräche zur Sensibilisierung und gezielten Aufklärung in Bezug auf Tatgelegenheiten (geöffnete Fenster, Türen usw.) geführt und Flyer verteilt. Die Präventionsmaßnahmen werden lageabhängig in betroffenen Wohngebieten fortgeführt.

Im Jahr 2012 wurden durch die Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle 1.052 Beratungen über mechanische und elektronische Sicherungstechnik zum Schutz gegen Einbruch durchgeführt. Des Weiteren wurden zum Thema Einbruchschutz elf Veranstaltungen mit dem Informationsmobil des Landeskriminalamts Baden-Württemberg durchgeführt. Die Präventionsbeamten der Reviere halten anlassbezogen an verschiedenen Orten (Bürgertreffpunkte, Gemeindeversammlungen) Vorträge zum Thema Einbruchschutz. Darüber hinaus werden regelmäßig Präventionsveranstaltungen mit Infoständen, z.B. bei Wochenmärkten, Stadtteilstesten, usw. durchgeführt. Um Wohnungseinbrüchen noch effizienter und effektiver entgegen zu wirken hat das PP Stuttgart schon im Frühsommer 2012 ein Konzept zur Bekämpfung und Prävention aufgelegt. Orientiert an Serien und Fällen bündelt und initiiert die in 2012 neu eingerichtete Koordinierungsstelle Wohnungseinbruch Einsätze und Maßnahmen. Sie sorgt für einen intensiven Informations- und Lagebildaustausch auch über die Stadtgrenzen hinweg.

8. Mit welchen Vorschlägen und Forderungen ist die Verwaltung an die sicherheitspolitisch Verantwortlichen in Land und Bund herantreten, um dem zunehmenden Unwesen der die Freizügigkeit in Europa missbrauchenden reisenden Einbrecherbanden wirksamer als bisher zu begegnen?

Der Deutsche Städtetag hat ein Positionspapier zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien erstellt. Er fordert Bund und Länder sowie die Europäische Union auf, sich intensiver mit der Armutszuwanderung von Menschen aus Bulgarien und Rumänien zu befassen. Eine Diskussion auf europäischer Ebene muss angestoßen werden, um Strategien und Lösungsansätze zu finden, wie in den Herkunftsländern die Lebensbedingungen verbessert werden können. Ziel ist es, ein friedliches und respektvolles Miteinander zu schaffen.

Dabei wird deutlich, dass eine Lösung der Probleme der Armutswanderung allein auf kommunaler Ebene nicht möglich ist. Aktuell gibt es weder einen rechtlichen Rahmen, noch verfügen viele Städte über ausreichend finanzielle Mittel, um die zahlreichen Schwierigkeiten abzumildern oder gar zu lösen.

Fritz Kuhn

Verteiler
<Verteiler>